

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1 HK1 HS1 HH1

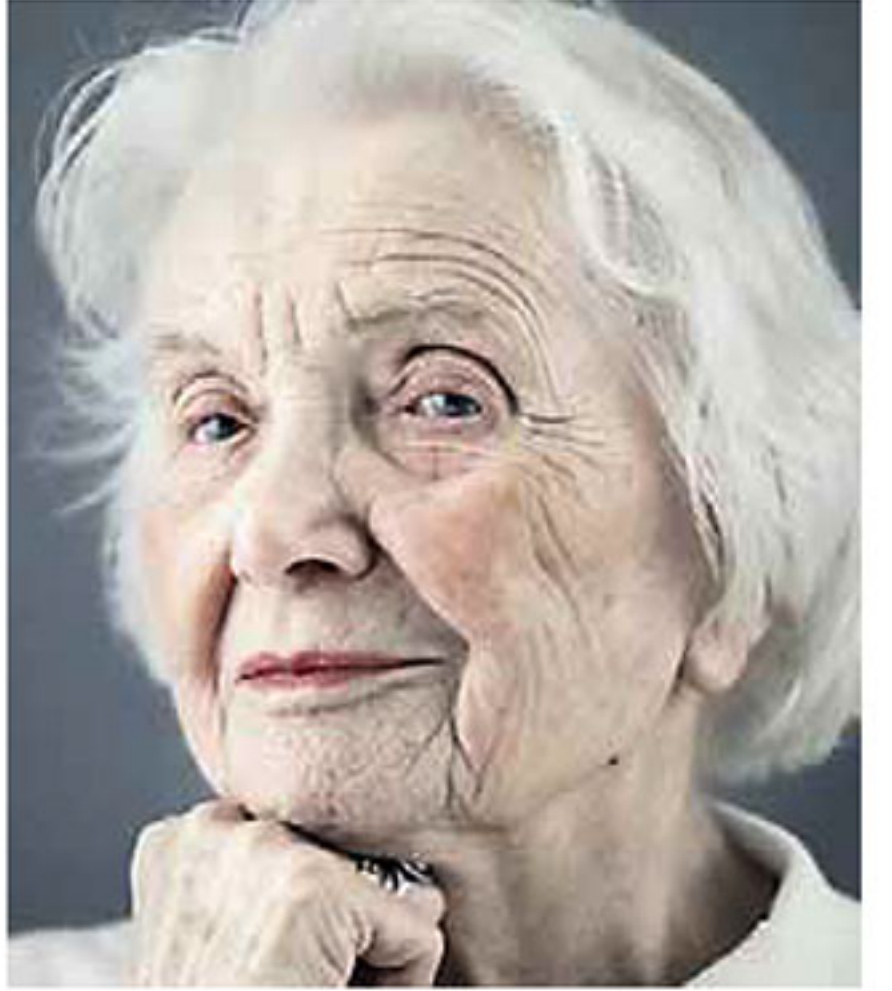
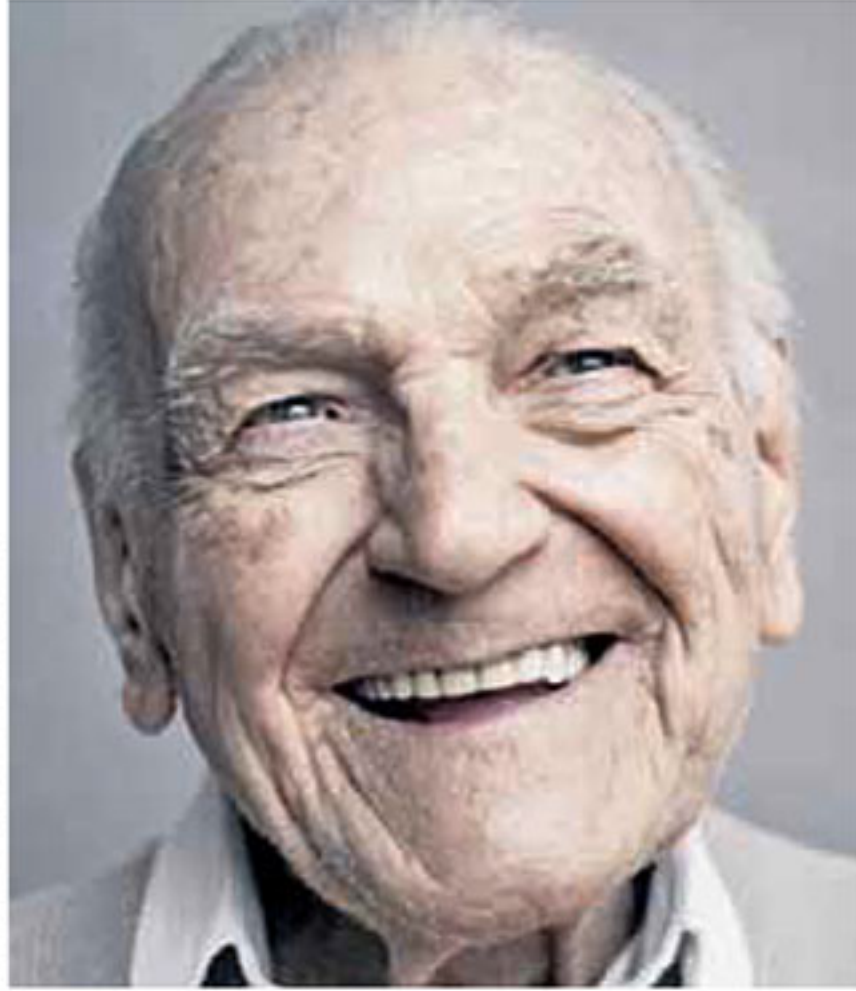
MÜNCHEN, SAMSTAG/SONNTAG, 20./21. OKTOBER 2012

68. JAHRGANG / 42. WOCHE / NR. 243 / 2,40 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Wenn man mal richtig Mist gebaut hat, und zwar so, dass keine Ausrede die Sache in helleres Licht zu rücken vermag, dann ist der Moment gekommen, Reue zu zeigen, wenn nicht gar zu empfinden. Der kluge Mensch bittet in diesem Fall um Entschuldigung und hofft, dass der Mist damit beiseite geräumt ist. Gewiss, das ist peinlich, weil man gibt irgendwie zu, einen Fehltritt begangen zu haben, aber da muss man durch. Schon der Privatmann, der den morgendlichen Kaffee der Gattin zum Spülwasser erklärt hat, tut sich schwer, die unbedachte Äußerung zurückzunehmen – vor allem, wenn sie stimmt. Noch weitaus heikler ist die Bitte um Pardon für Politiker, die ja mindestens so unfelhar sind wie der Papst und im Grunde nie etwas zu bereuen haben. Manchmal aber geht es nicht anders: Vor gut einem Jahr musste sich der US-amerikanische Kongressabgeordnete Anthony Weiner entschuldigen, weil er via Twitter Fotos von sich verschickt hatte, die einen Körperteil zeigten, den hier zu nennen unverzählich wäre.

Vom FDP-Generalsekretär Patrick Döring kursieren, soweit man weiß, keine derartigen Fotos im Internet – dennoch soll er sich entschuldigen. Das fordert sein Parteifreund Wolfgang Kubicki. Nicht bei Kubicki soll Döring Abbitte leisten, sondern beim SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück. Mit Blick auf dessen satte Nebeneinkünfte hatte Döring dem Sozi Steinbrück eine „knallharte Gewinnermentalität“ attestiert. Es sei unglaublich, wettete Kubicki in der TV-Plauderrunde bei Maybrit Illner, wenn Liberale sich darüber mokierten, „dass jemand für seine Tätigkeit, in die er ja auch seine Persönlichkeit einbringt, Geld bekommt“. Wäre Döring gewitzigt, würde er antworten, die FDP war doch schon immer dafür, die Löhne klein zu halten. Irgendwie hat man den Eindruck, dass bei den Liberalen einiges durcheinander geraten ist. War die knallharte Gewinnermentalität für die FDP nicht immer genau das, was die Marktwirtschaft in Schwung bringt? Und jetzt soll es verwerflich sein, wenn einer ordentlich Reibach zu machen versteht? Interessant ist, was Kubicki zur Erklärung der Döring'schen Attacke auf Steinbrück andeutete. „Ich weiß nicht, was er geraucht hat“, warf er einleitend in die Runde, und vor dem geistigen Auge der Fernsehzuschauer erschien das Bild Patrick Dörings, der sich auf der Toilette im Reichstag einen Joint reinzog. Tschuldigung, das war nur so eine Vision, nichts Wirkliches, und Döring hat darin ebenso wenig inhaftiert wie seinerzeit Bill Clinton, der geniale Erfinder des Kiffens ohne Lungenzug. Fasst man alles zusammen, so wäre nun Folgendes geboten: Kubicki entschuldigt sich bei Döring wegen des Drogenvorwurfs, Döring entschuldigt sich bei Steinbrück in puncto Gewinnermentalität, und Steinbrück entschuldigt sich bei der FDP, weil er Geld verdient. Sollten sie sich weigern, ist die Sache auch erledigt.



Die Kunst zu altern

Ewige Jugend ist ein Traum der Menschheit. Vielleicht haben viele auch deshalb so große Angst vor dem Alter: Weil sie es als das Ende aller Träume begreifen. Aber warum eigentlich?

> Seiten 10 und 11

Spanien muss für Banken selbst haften

Madrid hätte seine maroden Geldhäuser gern direkt aus dem Rettungsfonds ESM saniert. Diesen Plan hat Kanzlerin Merkel nun in Brüssel durchkreuzt – gegen den Widerstand Frankreichs

VON CERSTIN GAMMELIN UND JAVIER CÁCERES

Brüssel – Die angeschlagenen spanischen Banken werden nicht direkt auf Hilfen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM zugreifen können. Das setzte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag auf dem EU-Gipfel in Brüssel durch. Auf ihr Drängen und gegen den Widerstand von Frankreichs Präsident François Hollande beschlossen die 27 europäischen Staats- und Regierungschefs, den direkten Zugriff auf das Geld aus dem Fonds erst dann freizugeben, wenn eine starke zentrale Aufsicht über die Banken der Euro-Länder eingerichtet ist. Dies soll aber erst „im Laufe des Jahres 2013“ der Fall sein. Merkel sagte, sie gehe davon aus, dass „Spaniens Banken dann keine Probleme mehr haben“.

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy bemühte sich in Brüssel, seine Enttäuschung über die Entscheidung zu verbergen. „Dies ist nicht die größte Sorge der Regierung von Spanien.“ Die Euro-Länder haben für spanische Banken bereits bis zu 100 Milliarden Euro an Hilfskrediten bewilligt. Madrid glaubt, davon nur 40 Milliarden Euro zu brauchen, hat dieses Geld aber noch nicht abgerufen. Die spanische Regierung hatte gehofft, dass die Banken ab Januar 2013 direkt auf das Geld zugreifen können. Damit wäre die Regierung selbst aus der Verantwortung, die Kredite würden nicht mehr auf den staatlichen Schuldenberg aufgeschlagen. Für die Steuerzahler der anderen Euro-Länder, die für die Kredite aus dem ESM garantieren, hätte sich allerdings das Risiko erhöht. Sie hätten Spaniens Regierung nicht mehr haft-

bar machen können, wenn Kredite nicht zurückgezahlt worden wären. Merkel machte in Brüssel deutlich, dass der direkte Zugriff auf das Geld nur ganz am Ende einer Kette von Entscheidungen stehen könne. Zunächst solle bis Ende des Jahres der rechtliche Rahmen für die geplante zentrale Aufsicht über die Banken der Euro-Länder beschlossen werden. Danach könne mit dem Aufbau der Aufsicht begonnen werden. Dies sei kompliziert, weil mehr als 6000 Banken „differenziert“ überwacht werden müssten. Die Bundeskanzlerin ließ durchblicken, dass dies frühestens Ende 2013 – und damit nach der Bundestagswahl – erreicht werden könne. Frühestens dann wäre der direkte Zugriff auf ESM-Kredite möglich. Hollande hatte dagegen gedrängt, dies schon ab Januar 2013 zu ermöglichen. Den direkten

Hilfen muss in Deutschland erst der Bundestag zustimmen. Mit dem nun durchgesetzten Zeitplan verhinderte Merkel, dass die Abgeordneten im Wahlkampf über dieses heikle Thema entscheiden müssen. Am Rande des Gipfels sprachen die Staats- und Regierungschefs auch über Griechenland. Hollande sagte, er hoffe, die nächste Tranche aus dem zweiten Hilfsprogramm für Athen könne „schnell“ ausbezahlt werden. Er plädierte dafür, das Land in der Euro-Zone zu halten. Merkel erklärte nach einem Gespräch mit Premier Antonis Samaras, Griechenland habe „die Chance“, im Euro-Raum zu bleiben, wenn es alle Verpflichtungen vernünftig umsetze. Über die Auszahlung der nächsten Tranche solle nach dem Bericht der Kreditgeber entschieden werden. Er wird für nächste Woche erwartet. > Seiten 2 und 4

Schlussakkord in Dur

Musikschulen wehren sich mit Erfolg gegen geplante Steuer

Einem Tag auf den anderen den vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent für ihre Leistungen abrechnen müssen. Und weil die Gewinnspannen in diesem Geschäft sehr schmal sind, wäre der Schule kaum anderes übrig geblieben, als die Preise anzuheben.

Genau wie Bertheau wäre es etwa 80 Prozent der 300 Mitglieder im Bundesverband deutscher Privatmusikschulen gegangen, sagt dessen Generalsekretärin Ines Theileis. Und die Situation im Verband lässt sich auch auf alle etwa 2000 bis 3000 Musikschulen in Deutschland übertragen. „Die Hälfte unserer betroffenen Mitglieder hätte große Probleme bekommen“, sagt Theileis. In einigen Schulen habe es bereits Abmeldungen gegeben.

Denn für viele Menschen sind es vor allem die Kosten des Unterrichts, die sie davon abhalten, ihre Kinder das Spielen eines Instruments erlernen zu lassen. Eine Preiserhöhung von 20 Prozent wäre daher kaum zu verkraften gewesen.

Denn der Unterricht in einer privaten Musikschule kostet ohnehin etwa 20 Prozent mehr als in einer gemeinnützigen, schätzt Bertheau. Schließlich müssten die Privaten ohne staatliche Zuschüsse auskommen. Dafür seien sie aber in der Lage, den gewünschten Unterricht anzubieten – wenn ein Kind Gitarre lernen wolle, könne es das auch tun. Auf staatlich geförderten Schulen werde man unter Umständen auf Oboe vertröstet, weil es nur dafür noch Plätze gebe.

Seit Sommer haben die privaten Musikschulen mithilfe vieler Eltern den Widerstand gegen die Pläne im Jahressteuergesetz organisiert. Allmählich rückte das Finanzministerium von seinen ursprünglichen Plänen ab – bis die Koalition nun entschied: Alles bleibt beim Alten. „Das geltende Recht ist eingespielt und bekannt, es darf daher nicht im Hauruck-Verfahren umgeworfen werden“, begründet der finanzpolitische Sprecher der Union, Klaus-Peter Flosbach, die Entscheidung. Sein FDP-Kollege Daniel Volk betont: „Bildung dient nicht der Sicherung des Steueraufkommens, sondern der Zukunft des Landes.“

Die Erleichterung in den privaten Musikschulen ist groß. „Unsere Mitglieder können aufatmen und endlich die Pläne für das nächste Jahr aufstellen“, sagte Theileis. Und Andreas Bertheau freut sich, dass sein Musiker-Optimismus wieder einmal berechtigt war. GUIDO BOHSEM

CSU schwenkt auf Merksels Euro-Rettungskurs ein

Seehofer lobt auf dem Parteitag die Krisenpolitik der Kanzlerin und kann sich jetzt sogar weitere Hilfen für Athen vorstellen

München – Ein Jahr vor der Bundestagswahl schwenkt die CSU in der Europa-Politik auf den Kurs von Kanzlerin Angela Merkel ein. Parteichef Horst Seehofer zeigte sich am Freitag gesprächsbereit, das hochverschuldete Griechenland über die bisher beschlossenen Rettungspakete hinaus zu unterstützen. „Sollte der Troika-Bericht einen Vorschlag für mehr Zeit enthalten, werden wir darüber reden“, sagte Seehofer zum Auftakt des CSU-Parteitags in München. Seehofer lobte die bisherige Politik der Bundesregierung. Sie zeige eine „sehr positive Wirkung“. Zur Bedingung für weitere Gespräche machte Seehofer, dass in Griechenland und anderen Euro-Schuldenländern der Reformifer nicht nachlässt.

Vor allem in der CSU hatte es in den vergangenen Monaten teils heftige Kritik an der Euro-Rettung gegeben. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt und Bayerns Finanzminister Markus Söder hatten mit

ihre Forderung nach einem raschen Austritt Griechenlands aus der Eurozone Merksels Rettungsbemühungen konterkariert. Seehofer sagte am Freitag, die Kanzlerin liege weiterhin „goldrichtig“. Merkel habe auch beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag einen weiteren „Etappenerfolg“ erreicht. Die Kanzlerin und CDU-Chefin wurde am Abend in München als Gastrednerin erwartet.

Seehofer besteht auch nicht länger darauf, die im Unionslager umstrittene CSU-Forderung nach Volksabstimmungen über zentrale europapolitische Entscheidungen in ein gemeinsames Wahlprogramm mit der CDU aufzunehmen. Das wäre zwar „wünschenswert“, sagte Seehofer. Er könne sich aber auch vorstellen, diese Forderung nach einem Wahlerfolg in einen neuen Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Der Parteitag befasste sich am Freitag mit einem Leitartikler zur Europa-Politik,

in dem die CSU deutlich moderatere Töne als bisher anschlägt, an der Forderung nach einem Verfahren für ein Ausstiegsszenario von Schuldenländern aber festhält. Sogar der in der CSU als Euro-Rebell geltende Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler sprach sich für eine Annahme des Antrags aus: „Ja, wir sind für den Verbund mit unseren griechischen Freunden.“ Der Antrag basiert auf einem Papier, das CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt vorgelegt hatte. Hasselfeldt sagte, die Europäische Union sei „die erfolgreichste Friedensbewegung in der jüngeren Geschichte“. Diese müsse man stärken.

Seehofer rechtfertigte auch die Zielvorgabe von 40 Prozent, die er für das Wahlergebnis der Union bei der Bundestagswahl gemacht hatte. Dies sei keine „Messlatte“ für die CDU, sondern ein Ziel für beide Unionsparteien, sagte Seehofer. Es sei ihm dabei nicht darum gegangen, Druck auf

die CDU aufzubauen. In Teilen der CDU war die Seehofer-Äußerung als unpassend aufgenommen worden.

Mit dem Parteitag startet die CSU in das Wahljahr. In Bayern wird im September 2013 ein neuer Landtag gewählt. Beflügelt wurde die CSU zum Auftakt ihres Delegiertentreffens von einer neuen Umfrage: Nach einer Erhebung des Instituts GMS könnte die CSU bei einer Landtagswahl derzeit mit 48 Prozent der Stimmen rechnen. Sie würde alleine regieren können. 2008 hatte sie zum ersten Mal seit Jahrzehnten die absolute Mehrheit verloren. Das von der SPD angestrebte Dreierbündnis mit Grünen und Freien Wählern kommt demnach zusammen nur auf 38 Prozent. Am Sonntag will Bayerns SPD der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude als Herausforderer von Seehofer aufstellen.

ROBERT ROSSMANN, MIKE SZYMANSKI > Seite 6, Bayern



Aufstehen: Wie man Ehen und zugleich das Bildungssystem rettet? Mit einem späteren Schulbeginn. JOACHIM KÄPNER

Anstehen: Ein Auto, eine Frau, zwei Länder und das Geheimnis der „Konformitätsbescheinigung“ SIBYLLE LUTHELEN

Ausgehen: Benjamin Biolay im Interview – über Paris, Musik, die Nervensäge Gainsbourg und Youporn. REBECCA CASATI

Mit Stellenmarkt

„Andere Maßstäbe bei Schavan“

Rektor der Uni Düsseldorf kritisiert Wissenschaftskollegen

München – Der Rektor der Universität Düsseldorf, Michael Piper, kritisiert namhafte Wissenschaftler, die sich in der Plagiatsaffäre vor Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) gestellt haben. Führende Vertreter der Wissenschaftsorganisationen „tun das Gegenteil von dem, was sie in den vergangenen Jahren vereinbart haben“, sagte Piper der Süddeutschen Zeitung. Die Organisationen hätten im Zuge der Plagiatsaffäre ein strengeres Vorgehen gegen Plagiate und anderes Fehlverhalten vereinbart. „Nun soll hinter diese Standards zurückgetreten werden“, sagte Piper. Weil es um eine verdiente Ministerin gehe, „sind die Maßstäbe plötzlich andere“. Piper verteidigte die Prüfung von Schavans 32 Jahre alter Doktorarbeit: „Die wissenschaftliche Wahrheit unterliegt keinem zeitlichen Verfall.“ RPR > Seite 6

Tote bei Anschlag in Beirut

Beirut – Bei der Explosion einer Autobombe in der libanesischen Hauptstadt Beirut sind am Freitagmorgen mindestens acht Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt worden. Der schwerste Anschlag seit mehr als vier Jahren ereignete sich in einem überwiegend von Christen bewohnten Viertel, das Motiv des Attentats war zunächst aber unklar. sz > Seite 8

Rentenbeitrag sinkt auf 18,9 Prozent

Berlin – Dank der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt will die schwarz-gelbe Regierung den Rentenbeitrag zum Jahreswechsel stärker senken als bisher geplant. Nach jüngsten Berechnungen „läuft es auf einen Beitragssatz von 18,9 Prozent“ zu, sagte ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums. Sozialverbände und Opposition kritisierten die Entscheidung. sz > Wirtschaft

Lange Haftstrafen für somalische Piraten

Hamburg – Erstmals sind Piraten aus Somalia von einem deutschen Gericht verurteilt worden. Das Landgericht in Hamburg verhängte Freiheitsstrafen zwischen zwei und sieben Jahren gegen die zehn Angeklagten. Die Männer hatten 2010 den deutschen Frachter *Taipan* vor der Küste Somalias gekapert. sz > Seiten 4 und 7

Dax ▼	Dow ▼	Euro ▼
Xetra 16:30 h 7380 Punkte	N.Y. 16:30 h 13437 Punkte	16:30 h 1,3030 US-\$
-0,77%	-0,82%	-0,0039

DAS WETTER

TAGS 23°/3° NACHTS

Nach Nebelaufklärung überwiegend sonnig und klar. Lediglich in Bayern stellenweise trüb und über den Westen sowie Nordwesten dichtere Wolkenfelder mit geringem Niederschlag. Temperaturen zwischen 17 bis 23 Grad. > Seite 23

Die SZ ist auch als App für das iPad erhältlich.

HEUTE

Die Seite Drei

Tee mit Sarkawi: Besuch bei dem jungen Ali Harahschim, dem Neffen des Terroristen 3

Meinung

Der Niedergang der Weltmacht Amerika ist kein Grund zur Hämme 4

Panorama

Eine einzigartige Schau in London zeigt erstmals berühmte Hollywood-Kostüme 13

Wissen

Wie der Konsum von Pornografie im Internet den realen Sex verändert 24

Wirtschaft

Dank Putin steht Rosneft davor, zum weltweit größten Erdölförderer aufzusteigen 25

Medien, TV-/ Radioprogramm 46-48
Forum & Leserbrief 23
München · Bayern 44
Rätsel & Schach 45
Familienanzeigen 20

Süddeutsche Zeitung GmbH,
Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0,
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und
Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt),
089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NI, P (Cont.), SLO, SK: € 3,20;
CY: € 4; M: € 3,30; dkr: 25; £: 3,20; kn 29; sfr: 5,00;
csk 100; TL 19; Ft 850



